

## NIEDERSCHRIFT

### über die 15. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom:	29.05.2001
von:	16.00 Uhr
bis:	18.30 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

#### Anwesend waren:

##### I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -  
AM Dornseifer, Giesela - für Stv Eberlein, Klaus-Peter -  
Stv Katz, Reinhilde  
AM Klein, Marc - für Stv Elter, Uwe -  
Stv Kleine, Sancho-Antonio  
AM Leonhardt, Traugott  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Sintzen, Gerlinde  
AM Stinner, Gabriele - für AM Kesting, Stefan -

##### II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese  
AM Löwenberg, Horst

##### III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim  
AM Peter, Ute - für Stv Lauble, Wilhelm bis TOP 10 ö. T. -  
AM Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter -

##### IV. Beratende Mitglieder:

Städt. VD Fischer  
Stv Al-Omary, Falk  
AM Dr. Czell, Gernot  
Stv Groß, Michael

AM Gürke, Volker  
AM Holdinghausen, Rolf - bis 17.50 Uhr -  
AM Lorenz, Gerd-Rainer  
AM Schneider, Martina  
Stv Tielsch, Ingrid

##### V. Als Zuhörer:

AM Memarian, Annemarie - ab 16.45 Uhr -

AM Schollmeyer, Wolfgang

IV. Von der Verwaltung:

VA Juchems-Voets

VA Dr. Jung

VA Bükler - bis 16.45 Uhr -

VA Boldt - bis 16.45 Uhr -

VA Liedtke - bis 16.45 Uhr -

VA Roth

StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Eberlein, Klaus-Peter

Stv Elter, Uwe

AM Kesting, Stefan

AM Max, Christian

AM Westerholt, Günter

Entschuldigt fehlte:

AM Gräbener, Klaus

## **A      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1.      Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet)**

Da die Herren Eberlein und Elter nicht anwesend sind, wird Frau Katz zur Mitunterzeichnung der Niederschrift bestimmt.

15. JHA 29.05.2001

### **2.      Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 24.04. und 17.05.2001**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 24.04.2001 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 17.05.2001 liegt noch nicht vor.

15. JHA 29.05.2001

### **3.      Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

15. JHA 29.05.2001

### **4.      Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

15. JHA 29.05.2001

5. **Trägerschaftsauswahl: Künftiger Träger für Angebote in „K 52“ (ehemaliges Wohnheim für Offiziere - Liegenschaft Nr. 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne)**

Vorlagenr. 1166/01 - Vorlage vom 14.05.2001 -

Frau Peter erklärt sich gem. § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Kleine ist erfreut über das große Interesse der zahlreichen freien Verbände, die sich um die Trägerschaft beworben haben. Im Gegensatz zur Verwaltung ist die CDU-Fraktion der Auffassung, dass durchaus ein Zweiträgermodell vorstellbar ist. Bei der Auswahl des Trägers ist wichtig, ob auf Erfahrungen im Zielgebiet Heidenberg zurückgegriffen werden kann. Für den Bereich der Schulsozialarbeit schlägt er im Namen der CDU-Fraktion den Deutschen Kinderschutzbund vor. Für den Bereich Kindergarten / Kindertagesstätte wird der Verein „Hilfe zum Leben e.V.“ favorisiert, da es sich hierbei um einen konfessionellen Träger handelt, der auch bei der Elternbefragung großen Zuspruch erfahren hat. Einen solchen zu bevorzugen, dient auch der Vielfältigkeit künftiger Angebote. Außerdem hat der Verein praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Sozialarbeit im Bereich Heidenberg.

Herr Rujanski stellt positiv heraus, dass sich viele kleine und große Organisationen konzeptionelle Gedanken gemacht und sich dem Wettbewerb gestellt haben. Auch die SPD-Fraktion spricht sich zugunsten eines Zweiträgermodells aus. Da konkrete praktische Arbeitserfahrungen und sowohl haupt- als auch ehrenamtliches Engagement nachweisbar sind, spricht auch er sich für den Deutschen Kinderschutzbund für den Bereich Schulsozialarbeit aus. Für die Trägerschaft Kindergarten / Kindertagesstätte beantragt er im Namen der SPD-Fraktion, wegen des vorhandenen Know-hows aufgrund der Anzahl kreisweit betriebener Einrichtungen die Arbeiterwohl-fahrt auszuwählen. Diese wäre auch geschäftsstellenmäßig hierauf eingestellt. Weiterhin hat die Arbeiterwohl-fahrt der Stadt Siegen bereits mehrfach wertvolle Hilfestellungen geleistet.

Frau Tielsch erklärt, dass sie die Argumente der Verwaltung für eine Gesamtträgerschaft nachvollziehen kann. Sollte dennoch ein Zweiträgermodell beschlossen werden, so spricht sie sich für den Verein „Hilfe zum Leben e.V.“ für den Bereich Kindergarten / Kindertagesstätte aus.

Um ein gegenseitiges Befruchten zu ermöglichen, teilt Herr Al-Omary die Forderung nach einem Zweiträgermodell. Für den Bereich Kindergarten / Kindertagesstätte begrüßt er den Vorschlag von Herrn Rujanski, die Arbeiterwohl-fahrt auszuwählen.

Herr Groß vertritt die Auffassung, dass der jeweils beste Anbieter die Trägerschaft für das entsprechende Segment übernehmen sollte. Eine Gesamtträgerschaft schließt er daher nicht völlig aus, das Argument der Verwaltung zu erzielender Synergieeffekte ist ihm jedoch nicht einsichtig.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, eine Gesamtträgerschaft für die Bereiche Kindergarten / Kindertagesstätte und Schulsozialarbeit gemäß Siegener Modell im Objekt K 52 an *einen* interessierten Träger zu übertragen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dagegen, 0 Enthaltungen**

Der dahingehende Verwaltungsvorschlag ist damit abgelehnt.

---

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Rujanski):**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, die Trägerschaft für den Bereich Schulsozialarbeit gemäß Siegener Modell im Objekt K 52 dem Deutschen Kinderschutzbund zu übertragen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**Beschluss (auf Antrag von Herrn Kleine):**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, die Trägerschaft für den Bereich Kindergarten / Kindertagesstätte im Objekt K 52 dem Verein „Hilfe zum Leben e.V.“ zu übertragen.

**Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (SPD),  
1 Enthaltung**

15. JHA 29.05.2001

## 6. Einrichtung eines Unterausschusses „Hilfen zur Erziehung“

Vorlagenr. 1163/01 - Vorlage vom 17.05.2001 -

Herr Rujanski begrüßt aufgrund bisheriger positiver Erfahrungen mit den dem Jugendhilfeausschuss zuarbeitenden Unterausschüssen die Bildung des Unterausschusses „Hilfen zur Erziehung“. Er beantragt, statt der unter Ziff. 4 vorgeschlagenen drei Vertreter lediglich zwei Vertreter der Verwaltung in den Ausschuss einzubeziehen.

Auch Herr Kleine ist einverstanden mit der Bildung des Unterausschusses. Zu Ziff. 5 der Vorlage regt er an, dass ein Bericht im Jugendhilfeausschuss lediglich einmal jährlich gefordert wird, um Arbeitskapazität nicht unnötig zu binden. Die Besetzung mit jeweils einem Vertreter der im Rat der Stadt Siegen zu vertretenden Fraktionen hält er für ausreichend.

Herr Dr. Czell ersucht dringend darum, die AG's 78 und 80 in die Arbeit des Unterausschusses einzubeziehen.

Auch die Herren Kleine und Schmidt sind der Auffassung, dass die AG's 78 und 80 zu beteiligen sind, wenn Entscheidungen anstehen, die deren Zuständigkeitsbereich tangieren.

Herr Groß hofft, dass sich neben bestehenden Ausschüssen / Kommissionen keine Parallelstruktur etabliert, die sich mit ähnlichen Fragestellungen beschäftigt. Da die Thematik dringenden Handlungsbedarf erfordert, schlägt er vor, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen und nach einem Jahr anhand der Erfahrungswerte unter Umständen Konsequenzen zu ziehen. Die Anzahl der Beteiligten ist zu überdenken.

Möglichst umgehend sollten die erforderlichen Schritte im Rahmen der „Hilfen zur Erziehung“ angegangen werden, Herr Gürke unterstützt daher den durch die Verwaltung unterbreiteten Vorschlag.

Herr Fischer sieht es als unproblematisch an, die Anzahl der Verwaltungsvertreter auf zwei zu reduzieren.

### Beschluss (mit Ergänzung):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt die Bildung eines Unterausschusses "Hilfen zur Erziehung" und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung und Geschäftsführung.

Um ein arbeitsfähiges Gremium zu konstituieren, wird folgende 13-er-Besetzung festgehalten:

- je eine Vertreterin / ein Vertreter der im Rat der Stadt Siegen vertretenen Fraktionen,
- 5 Vertreterinnen / Vertreter der Wohlfahrtsverbände,
- eine Vertreterin / ein Vertreter des Stadtjugendrings als Vertreter der Jugendverbände,
- 2 Verwaltungsvertreter.

**Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung**

15. JHA 29.05.2001

## 7. Förderanträge außerhalb des Haushaltes 2001

Vorlagenr. 1167/01 - Vorlage vom 16.05.2001 -

Frau Peter erklärt sich gem. § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Fischer macht deutlich, dass der Beschlussvorschlag ausschließlich aus monetären Gesichtspunkten wie vorgelegt formuliert wurde. Zwischenzeitlich hat der Verwaltungsvorstand einer Präsentation der Reorganisation der Förderstrukturen

für die Träger innerhalb des Fachbereiches 5 zugestimmt. Eine diesbezügliche Vorlage, in der auch der sogenannte Innovationstopf thematisiert wird, wird zur Sitzung am 03.07.2001 erarbeitet.

Herr Groß wird der Vorlage keinesfalls zustimmen. Es handelt sich um sinnvolle Projekte, für die teilweise eine Landesförderung ausgesprochen wurde. Die Durchführung darf keinesfalls dadurch gefährdet werden, dass eine Förderung durch die Stadt Siegen abgelehnt wird. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Wenn eine Deckungsmöglichkeit im Bereich der gesetzlichen Aufgaben nicht gesehen wird, sollte der Jugendhilfeausschuss erneut betonen, wie wichtig die Einrichtung eines Innovationstopfes ist und eine erneute Empfehlung an den Rat abgeben.

Das Projekt 6 des Deutschen Kinderschutzbundes e.V. (Hausaufgabenbetreuung für Kinder und jugendliche ausländische Mitbürger/innen) ist seines Erachtens aufgrund der bestehenden Förderrichtlinien zu bewilligen.

Herr Al-Omary macht darauf aufmerksam, dass dringend die Präsentation der am 27.02.2001 geforderten Bestandsaufnahme städtischer und außerstädtischer Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit (Sozialinventur) erforderlich ist. Er spricht sich für ein Signal an die Träger aus, dass die Stadt Siegen Möglichkeiten einer Finanzierung zur Förderung sucht. Eine endgültige Entscheidung ist erst nach intensiver Suche und Prüfung aller Möglichkeiten *nach* der o. g. Sozialinventur zu treffen. Er schlägt daher vor, die Beratung zu vertagen.

Herr Rujanski macht deutlich, dass es bereits einige Anstrengungen erfordert, den Bestandsschutz für die seit Jahren etablierten Maßnahmen zu sichern. Neue Maßnahmen sind daher kritisch zu betrachten. Er kritisiert, dass bei den genannten Projekten keine durch den Träger zu finanzierenden Eigenanteile beziffert sind. Er schlägt vor, zu den durch den Landesjugendplan nicht geförderten 30 % einen Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 % einzufordern. Zur Finanzierung der verbleibenden 20 % sollte die Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Lösung suchen. Vor diesem Hintergrund spricht auch er sich für eine Vertagung aus.

Das Projekt „Schulkinder in Tageseinrichtungen“ des Kirchenkreises Siegen (Ziff. 2) braucht seines Erachtens bei einer Förderung nicht berücksichtigt werden, da dieses zwar Bestandteil des Landesprogrammes, aber in einem grundsätzlich anderen Bereich angesiedelt ist.

Herr Kleine stimmt seinen Vorrednern zu. Er bittet die Verwaltung, die vorgelegten Anträge nach Prioritäten zu gewichten, falls aufgrund fehlender Deckungsmöglichkeit nicht in allen Fällen eine Förderung zugesagt werden kann.

Herr Dr. Czell zeigt auf, dass die Stadt Siegen bei den vorgelegten Förderanträgen mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand die Durchführung erfolversprechender Maßnahmen ermöglichen kann.

Herr Löwenberg hat den Eindruck, dass bei städtischen Maßnahmen auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten weitreichendere Anstrengungen unternommen werden. Zu prüfen ist, ob möglicherweise manche der aufgelisteten Projekte in das Budget „Hilfen zur Erziehung“ integriert werden können. Bei weiteren Finanzierungsüberlegungen sollte die Finanzierungsform „Private Partnership“ bedacht werden.

#### **Beschluss (in Abänderung):**

Die am 27.02.2001 geforderte Vorlage zur „Bestandsaufnahme städtischer und außerstädtischer Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit“ ist möglichst kurzfristig vorzulegen. Die in der Vorlage 1067/01 genannten Projekte sind nach Prioritäten zu wichten, um die zu treffenden Förderentscheidungen zu erleichtern. Zur Finanzierung ist neben den Landesmitteln ein 10 %-iger Eigenanteil einzufordern. Die Verwaltung wird beauftragt, für die verbleibenden 20 % Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der verschiedenen Bereiche des Haushaltes zu suchen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

15. JHA 29.05.2001

#### **8. Förderung besonderer sozialer Maßnahmen; hier: Mittelvergabe 2001**

Vorlagenr. 1164/01 - Vorlage vom 03.05.2001 -

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung 2001, institutionelle Zuschüsse im Gesamtvolumen von 30.000,00 DM wie folgt zu vergeben:

Deutscher Kinderschutzbund e. V.	12.500,00 DM
Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V.	6.500,00 DM
AIDS-Hilfe	6.000,00 DM
Mütterzentrum e. V.	5.000,00 DM

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

15. JHA 29.05.2001

**9. Förderung der evangelischen und katholischen Beratungsstelle;  
hier: Förderung 2001**

Vorlagenr. 1165/01 - Vorlage vom 03.05.2001 -

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung,

- der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle des Kirchenkreises Siegen einen Zuschuss in Höhe von 20.000,00 DM und
- der katholischen Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen einen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 DM zu gewähren.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

15. JHA 29.05.2001

**10. Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.;**  
**hier: Förderung von besonderen sozialpädagogischen Betreuungsmaßnahmen**

Vorlagenr. 1168/01 - Vorlage vom 14.05.2001 -

Herr Groß erklärt sich gem. § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Kleine möchte wissen, wofür konkret der „Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.“ den Zuschuss in Höhe von 52 TDM verausgaben möchte.

Herr Fischer bringt vor, dass es sich gegenüber den Vorjahren nicht um eine zusätzliche Förderung handelt. Der Betrag wird dem Verein in Ergänzung zur Personal-kostenförderung zur Verfügung gestellt. Die vorzulegenden Verwendungsnachweise lassen regelmäßig erkennen, dass die Mittel zur Deckung sämtlicher Kosten ohne-hin nicht ausreichend sind. Aus diesem Grund wurde auf eine differenzierte Aufteilung der Zuschussmittel verzichtet, diese kann jedoch bei Bedarf vorgelegt werden.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung 2001, dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V. einen Sachkostenzuschuss 2001 in Höhe von 52.000,00 DM zur

Durch-führung von sozialpädagogischen Betreuungsmaßnahmen für ausländische Flücht-linge einschließlich Verwaltungsmehraufwand zu gewähren.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen**

15. JHA 29.05.2001

**11. Förderung von Einrichtungs-, Bau- und Renovierungsmaßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger der Jugendhilfe**

Vorlagenr. 1169/01 - Vorlage vom 14.05.2001 -

Herr Gürke schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die unter Ziff. 2.2 vorgeschlagene Kürzung um 10 % bei den unter Ziff. 1.4 in der Vor-lage des Stadtjugendringes genannten Maßnahmen *nicht* vorgenommen wird.

Frau Sintzen macht darauf aufmerksam, dass es bei dem Antrag des Vereins für Christliche Gemeinschaftspflege e.V. Achenbach (Antrag 1.4.5) zu Verwirrungen bezüglich des Antragsdatums und des erfolgten Baubeginns gekommen ist.

Herr Dr. Jung teilt mit, dass die von Herrn Gürke genannte 10 %-ige Kürzung des-halb vorgenommen wurde, weil die zur Verfügung stehenden Mittel ansonsten nicht ausreichen. Er sagt jedoch zu, dass für den Fall, dass nicht alle Antragsteller die zugesagten Fördermittel vollumfänglich abrufen, eine Nachgewährung im Rahmen der frei werdenden Mittel möglich ist. Zur Frage von Frau Sintzen möchte er nur im nichtöffentlichen Teil Stellung bezie-hen.

---

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um Punkt 2 zu erweitern und die Beratung zu TOP 11 des öffentlichen Teils dort fort-zusetzen.